



RÜCKBLICK



Neue Allianzen, ungelöste Probleme

■ Durch das Jahr 2007 zog sich konsequent eine grosse Frage: War man Zeuge einer neuen Weltordnung – einer, die nicht von der klassischen Supermacht Amerika, auch nicht von Europa, geprägt sein wird, sondern vom Zusammenwirken von Staaten und Kräften, die noch kurz vorher als marginal betrachtet wurden?

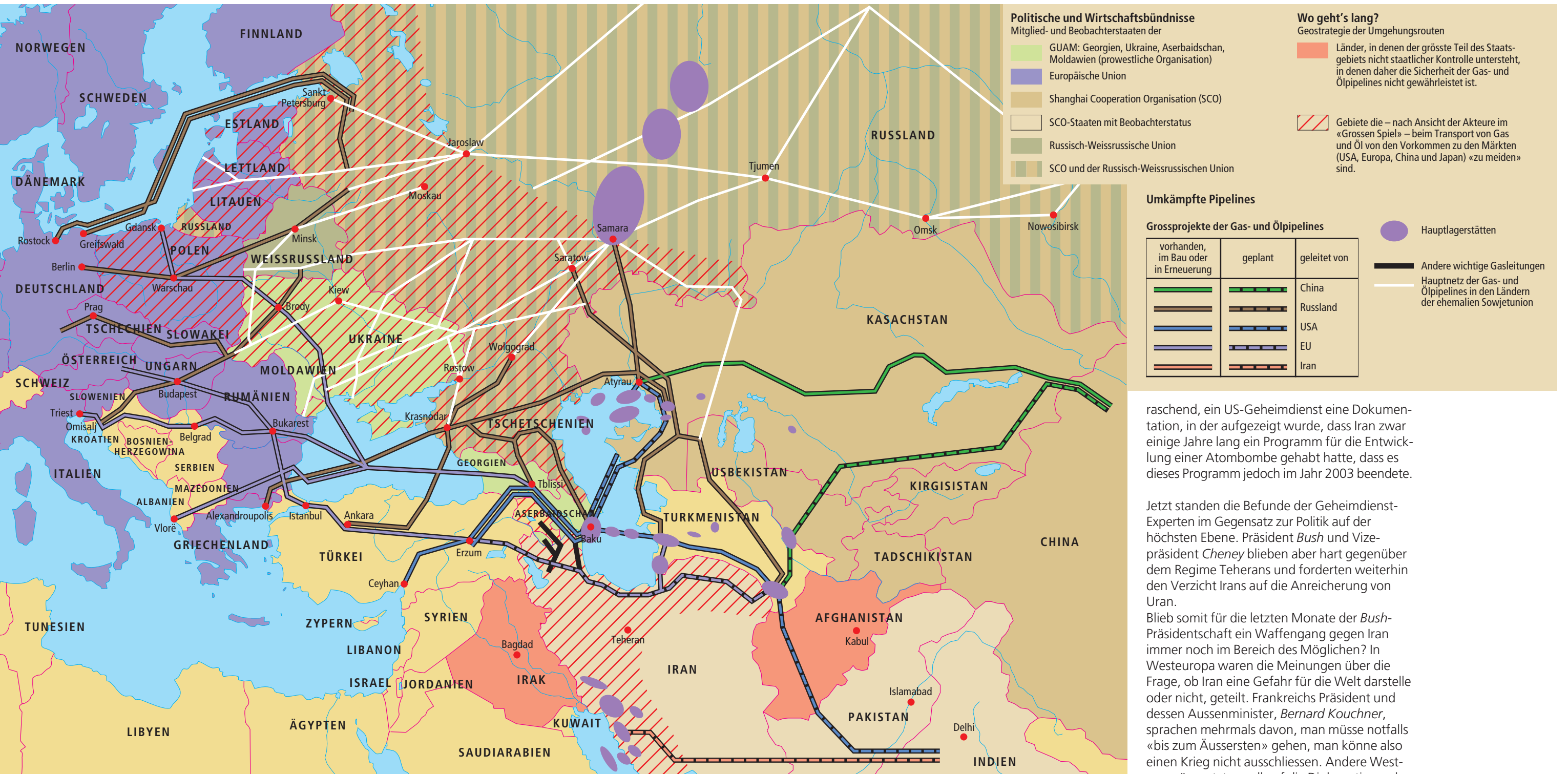
Es gab viele Anzeichen, dass sich neue, sich teilweise überlagernde Allianzen bildeten – eine Allianz zwischen den aufstrebenden «Schwellenländern» wie Brasilien, Indien und China; eine andere zwischen Regimen, die im Westen als ideologisch «unzuverlässig» galten – Iran, Syrien, Venezuela, Nicaragua, Bolivien. Eine dritte Allianz entstand im Verbund von Ländern, die wegen ihrer Erdöl- oder Erdgas-Reserven für die Industriestaaten als unverzichtbar galten, auch wenn sie gleichzeitig als problematisch eingestuft wurden wegen der Verletzung der Menschenrechte. Zu dieser Gruppe gehörten Staaten in Zentralasien wie Turkmenistan, Kasachstan und Usbekistan, die sich ihrerseits in einen noch nicht klar definierbaren Verbund mit Russland und China einbinden liessen.

Und schliesslich gab es noch weitere Allianzen, die sich in diesem Jahr mehr oder weniger deutlich herausbildeten: beispielsweise die – materiell noch nicht sehr starke – ethnisch orientierte Allianz von afrikanischen Ländern, die sich jegliche Einmischung in die eigenen Angelegenheiten von der Seite Europas oder der USA verbat. Südafrika bekam da eine Führungsrolle, und unter die Fittiche Südafrikas begab sich das vom gesamten Westen boykottierte Simbabwe,

Erich Gysling

*Alte Zeit, neue Zeit:
Indien im Umbruch
(Aufnahme: Delhi).*





raschend, ein US-Geheimdienst eine Dokumentation, in der aufgezeigt wurde, dass Iran zwar einige Jahre lang ein Programm für die Entwicklung einer Atombombe gehabt hatte, dass es dieses Programm jedoch im Jahr 2003 beendete.

Jetzt standen die Befunde der Geheimdienst-Experten im Gegensatz zur Politik auf der höchsten Ebene. Präsident *Bush* und Vizepräsident *Cheney* blieben aber hart gegenüber dem Regime Teherans und forderten weiterhin den Verzicht Irans auf die Anreicherung von Uran.

Blieb somit für die letzten Monate der *Bush*-Präsidentschaft ein Waffengang gegen Iran immer noch im Bereich des Möglichen? In Westeuropa waren die Meinungen über die Frage, ob Iran eine Gefahr für die Welt darstelle oder nicht, geteilt. Frankreichs Präsident und dessen Aussenminister, *Bernard Kouchner*, sprachen mehrmals davon, man müsse notfalls «bis zum Äussersten» gehen, man könne also einen Krieg nicht ausschliessen. Andere Westeuropäer setzten voll auf die Diplomatie, und die russische Staatsführung erklärte, sie werde, im Gegenteil, das iranische Atomprogramm weiterhin unterstützen – sofern Teheran sich verpflichte, die mit der IAEA geschlossenen Vereinbarungen einzuhalten. Russland lieferte im Dezember sogar zweimal atomare Brennstäbe für das kurz vor der Vollendung stehende iranische Atomkraftwerk Busheer. Dagegen protestierten die USA und forderten eine nochmalige Verschärfung der diplomatischen und der wirtschaftlichen Sanktionen. International gingen die Meinungen auch weit auseinander, ob Iran gefährlicher war als

sekundiert von der viel gemässigeren Führung Namibias. Und noch etwas prägte die weltweite Entwicklung: das Beispiel, welches das durch und durch diktatorische Nordkorea setzen konnte. Das menschenverachtende Regime errang sich, eigentlich unglaublich, im Verlauf des Jahres 2007 internationale Reputation, nachdem es sich bereit erklärt hatte, sein Atomprogramm (Nordkorea besass eine oder einige wenige Atombomben) zu stoppen. Plötzlich lobte die internationale Gemeinschaft dieses Regime für seine Flexibilität – dass es sich da nach wie vor

um eine Gewalt-Diktatur handelte, schien plötzlich nebensächlich. Man war ja froh, dass dieses Regime für die nächste Zeit wenigstens nicht mehr die Aussenwelt bedrohte – was im Innern geschah und weiterhin geschehen konnte, schien «quantité négligeable». Aber am letzten Tag des Jahres 2007 merkte die US-Regierung dann doch noch kritisch an, man wisse nicht mit Sicherheit, ob Nordkorea seine Abrüstungs-Zusagen überhaupt eingehalten habe oder nicht. Möglicherweise sei das Regime von Pjöngjang ja noch immer eine Atommacht. Der Erfolg der raffinierten Diplomatie Nordko-

reas färbte ab auf Iran – die dort Herrschenden äusserten sich manchmal absichtsvoll zweideutig über ihre Atompolitik, manchmal erklärten sie dann doch, sie hätten keine Absicht, eine Bombe zu konstruieren, sondern sie würden sich strikt den Kontrollen der Internationalen Atomenergieagentur fügen. Die USA wollten den Aussagen der Iraner keinen Glauben schenken, und US-Vizepräsident *Cheney* tat bis zum Jahresende sein Möglichstes, die Anti-Iran-Stimmung so weit anzuhetzen, dass international ein Krieg gegen Iran als «salonfähig» betrachtet würde. Doch dann veröffentlichte im Dezember, über-



Irans Präsident Ahmadinejad: Er provozierte mit seinem Beharren auf der Urananreicherung, andererseits stellte ein US-Geheimdienst fest: Iran hat im Jahr 2003 sein Atomwaffenprogramm beendet.

beispielsweise Pakistan – das im Verlauf des Jahres 2007 in derart schwerwiegende Turbulenzen geriet, dass sich viele Politiker fragten, ob nicht ein Umsturz zugunsten der islamistischen Extremisten bevorstehe. Pakistan, eine Atommacht, unter der Kontrolle von al-Qaida oder von Kräften, die den – in Afghanistan wieder mehr und mehr an Terrain gewinnenden – Taliban naheständen, diese Schreckensvision schien nicht mehr das Produkt der Phantasie, sondern Teil eines realitätsnahen Szenarios zu werden. Und dies, obgleich Pakistans Herrscher, *Pervez Musharraf*, von der US-Führung noch immer als Vorkämpfer gegen den Terrorismus gehätschelt wurde. Gegen Ende des Jahrs drohte Pakistan in einen Bürgerkrieg abzugleiten. *Benazir Bhutto*, im Oktober aus dem Exil zurückgekehrte Oppositionspolitikerin, wurde am 27. Dezember in Rawalpindi ermordet, und nun beschuldigten ihre Anhänger das Regime von Präsident *Musharraf*, es habe zu wenig unternommen, um *Bhutto* zu schützen. Präsident *Musharraf* seinerseits beschuldigte terroristische Al-Qaida-Gruppen, den Mord angezettelt zu haben, worauf die Opposition konterte, es gebe viele Hinweise auf eine geheime Kooperation zwischen Kräften in den staatlichen Geheimdiensten und al-Qaida und darauf sei die Bluttat zurückzuführen. Die Zukunft Pakistans schien für 2008 überschattet von Unsicherheit, auch wenn das Regime kurz vor dem Jahresende zusicherte, es werde im Februar freie Wahlen zulassen.

Gewiss, für die – durch milde Kritik verwässerte – Treue der amerikanischen Regierung gegenüber dem pakistanischen Herrscher gab es, sogar noch nach der Verhängung des Notstands im Oktober, Gründe. *George W. Bush* war darauf angewiesen, in der für die USA schwer verständlichen Region wenigstens einen unzweideutigen Bündnispartner zu haben. Nur Pakistan könnte, wenn überhaupt, eine gewisse Stabilität in Afghanistan herstellen, lautete die amerikanische Meinung. Man brauche Pakistan ebenso wie Saudiarabien, um rund um das Gewaltzentrum Irak eine Art von Stabilität zu garantieren und um Iran «zur Vernunft» zu bewegen. Iran, Pakistan, Afghanistan, Irak, Israel und die Palästinenser – auf diese Region, vom Mittelmeerraum bis weit nach Asien hinein, fokussierte die internationale Politik während des ganzen Jahres. In Irak gab es ab dem Spätherbst immerhin einige hoffnungsvolle Anzeichen, dass die Gewalt allmählich zurückging. Hatte man vorher jeweils in einem Monat in Bagdad noch 500 Todesopfer von Attentaten zu beklagen, gab es jetzt nur noch 50 Tote. Die Menschen in der irakischen Hauptstadt gingen wieder auf die Märkte, in die Restaurants usw. – aber es war vorläufig eben doch erst eine Minderheit, die von der leicht entspannten Lage profitieren konnte. Die Mehrheit der Irakerinnen und Iraker litt noch immer unter ständigem Mangel an Elektrizität und Trinkwasser, an Mängeln im Gesundheitswesen, an Arbeitslosigkeit und Armut.



Alltag in Bagdad: weniger Gewalt als früher, aber die sozialen Probleme blieben ungelöst.

Gab es eine leichte Entspannung in Irak, so gab es andererseits eine Zuspitzung der Spannungen in Afghanistan. Die Taliban und Al-Qaida-Guerilleros eroberten im Süden des Landes breite Gebiete, liessen Bomben detonieren und griffen die westlichen Truppen immer systematischer an. Die US-Führung appellierte wiederholt an die europäischen NATO-Partner, mehr Militärs im Süden zu stationieren und auch in Kämpfen einzusetzen. Mit gemischtem Erfolg – die Mehrheit der europäischen Regierungen, die sich in Afghanistan engagierten, blieben dabei, dass sie nicht Kriegs-, sondern Friedens- und Aufbaumissionen erfüllen und dass sie ihre Kontingente lieber im noch halbwegs friedlichen Norden oder im einigermaßen übersichtlichen Kabul einsetzen wollten. Verdrängt wurde allgemein, dass parallel zum eskalierenden Krieg in Afghanistan auch die Opiumproduktion und der Opium- und der Heroinexport aus Afghanistan dramatisch anstiegen, phasenweise auf das Zehnfache. Es gab nur geringe Hoffnungen, dass man diese Entwicklung eindämmen könnte – vor allem weil sich im Verlauf des Jahres mit erschreckender Deutlichkeit zeigte, dass die nominelle Staatsführung Afghanistans, repräsentiert durch Präsident *Hamid Karzai*, ausserhalb der Hauptstadt Kabul keine Autorität besass und ihre Verbote des Opium-Anbaus nie nachhaltig durchsetzen konnte. Die wahre Macht in Afghanistan lag und liegt bei den regionalen Machthabern, den Stammesführern und deren engster Gefolgschaft.

Wog man sich im Westen dennoch in der Illusion, die Krisenregion zwischen Mittelmeer und Hindukusch könne in der überschaubaren Zukunft zum Frieden finden? Die wenigen Hoffnungszeichen (wie die Verbesserung der Sicherheitslage in Irak) wurden immer wieder durchkreuzt von anderen Entwicklungen: Irritiert war man in vielen Ländern Europas auch über die Entwicklung in der Türkei. Der türkische Staat wollte nicht untätig zusehen, wie die kurdischen Kräfte im Norden Iraks die Vorstellung der Schaffung einer Kurden-Autonomie, die vielleicht eines Tages zu einem unabhängigen Staat der Kurden führen könnte, vorantrieben. Eine neue Front tat sich auf: Türkische Truppen





drangen in die Kurdengebiete in Nordirak ein, und türkische Flugzeuge bombardierten Kurden-Stellungen bis zu 100 Kilometer tief im Staatsgebiet Iraks. Der israelisch-palästinensische Konflikt erschien am Ende des Jahres so unlösbar wie an dessen Anfang, und dies, obschon sich die USA (insbesondere die Aussenministerin, *Condoleezza Rice*) immer wieder für eine Umsetzung des «Road-Map»-Friedensplans engagierten. Bei den sogenannten Friedensgesprächen zwischen dem israelischen Premier, *Ehud Olmert*, und dem palästinensischen Präsidenten *Abbas* war viel weniger Kompromissbereitschaft als starres Beharren auf alten Positionen zu erkennen. Israel baute weiterhin Siedlungen im besetzten Westjordanland und in Ostjerusalem aus und schuf damit weitere vollendete Tatsachen, welche die palästinensische Führung nicht akzeptieren wollte. Und innerhalb der palästinensischen Gesellschaft verlief ein tiefgreifender, oft in Gewalt ausufernder Riss: die Hamas (radikal-islamisch) gegen die Fatah-Kräfte um Präsident *Abbas*. Die Hamas machte im Dezember ein Waffenstillstandsangebot an Israel, aber ohne Erfolg. Und all das setzte sich bei der Bevölkerung der Palästinenser, vor allem jenen, die im Gazastreifen lebten, auf verheerende Weise im Alltag um: in der Form von noch mehr Armut, noch mehr Arbeitslosigkeit, noch weniger Hilfgeldern aus dem westlichen Ausland. Besorgniserregend war auch die Lage in Libanon – seit November hatte das Land keinen

Staatspräsidenten mehr. Die religiösen und ethnischen Differenzen blockierten im Parlament in Beirut alle Versuche, sich auf eine künftige Führungspersonlichkeit zu einigen, und parallel dazu gab es immer wieder politisch motivierte Attentate. In der Öffentlichkeit Europas machte sich im Verlauf des Jahres immer mehr die Unsicherheit breit, woher denn eigentlich die grösste Gefahr für den Frieden ausgehe – von Iran, von al-Qaida oder gar von der Führung der USA? Oder musste man sich, mehr und mehr, davor fürchten, im Sektor der Energielieferungen (Erdöl und Erdgas) von Russland abhängig zu werden, oder davor, dass China einerseits mit dem Westen um Erdöl- und Erdgas-Zulieferungen als Konkurrent auftrat und andererseits der westlichen Industrie mit eigenen Billigprodukten Probleme schaffte (den Konsumenten aber Alternativen anbot)?

Bis in die Sommermonate 2007 verdrängten die Menschen in Europa noch fast all diese Fragen und Probleme. Die Wirtschaft boomte, die Börsenkurse zeigten nach oben, die Arbeitslosigkeit in allen westlichen Ländern sank, die Integration mitteleuropäischer Länder in die Europäische Union schien sich relativ problemlos zu gestalten, das Handelsvolumen zwischen West und Ost wuchs kontinuierlich an. Dann aber geschah etwas für viele Unglaubliches, das die Abhängigkeit Europas von den USA, ja die nach wie vor dominierende Rolle der Vereinig-



ten Staaten von Amerika für die Weltwirtschaft drastisch demonstrierte. Was löste die neue Erkenntnis aus? Hunderttausende von Hausbesitzern in den USA sahen sich nicht mehr in der Lage, ihre Schuldzinsen zu bezahlen. Eine regionale Sache, eine Banalität? Keineswegs! Plötzlich erkannte man, dass die amerikanischen Banken, welche den Hausbesitzern Kredite gewährt hatten, auf unglaublich verzwickte Weise mit dem europäischen Bankensystem verbunden sind (oder waren). Schuldverschreibungen der US-Banken wurden an europäische Institute weiterverkauft (sie waren lange begehrt wegen hoher Renditen), und so dehnte sich die scheinbar lokale Problematik aus den USA nach Europa aus. Landesbanken in Deutschland, Grossbanken in der Schweiz, Finanzinstitute in anderen Ländern mussten plötzlich bekennen, dass sie sich auf unglaublich risikofreudige Weise am amerikanischen Immobiliengeschäft beteiligt hatten. Manager mussten ihre Posten räumen, die Zentralbanken mussten staatliche Gelder in den privaten Bankensektor pumpen, um den Zusammenbruch von bisher renommierten Instituten zu verhindern, die Börsenkurse brachen ein. Dann breitete sich die Finanzkrise auf andere Wirtschaftszweige aus, und nun gab es in Europa verbreitete Unsicherheit, ob man nicht auf eine ganz grosse Krise zusteuerte – eine Krise mit politischen plus wirtschaftlichen Hintergründen. Renommierte Banken in den USA gerieten in Schwierigkeiten, und in Europa

musste sogar die bisher immer Riesengewinne schreibende schweizerische UBS 16 Milliarden Dollar Verlust melden. Dass die Folgen noch einigermaßen gemässigt blieben, war nur einer «Finanzspritze» von rund 13 Milliarden aus Südostasien zu verdanken. Und auch zwei US-Finanzinstitute kamen nur aufgrund finanzieller Hilfe aus Asien noch halbwegs glimpflich über die Runden. In der Wirtschaft Europas wurde im Verlauf des Jahres 2007 eine weitere Tendenz prägend: die Expansion russischen Kapitals in den Westen. Mehr und mehr russische Manager investierten ihr Vermögen in westlichen Unternehmungen. Sie taten das mit professionellem Geschick, und sie respektierten auch die in den verschiedenen westlichen Ländern geltenden Gesetze. Allerdings wurde da mit zwei verschiedenen Masseneinheiten gerechnet: Die westliche Wirtschaftswelt verstand sich als globalisiert, d. h., sie gab vor, es gebe keine nationalstaatlichen Trennlinien für finanzielles Engagement. Die Russen waren da klarer, auch wenn ihre Politik nicht über jeden Zweifel erhaben war: Präsident *Putin* erklärte eine grosse Zahl von Unternehmen als «strategisch unverzichtbar» und blockierte damit in wesentlichen Bereichen ausländische Beteiligungen von über 50 Prozent. Dazu zählten Konzerne, die bei der Produktion und dem Transport von Erdöl und Erdgas aktiv waren respektive aktiv sind. Russlands Aufstieg in die obere Liga der weltweit wichtigsten Mächte, etwa seit dem Jahr

Wirtschaft: Der Optimismus des ersten Halbjahrs wurde zuerst durch die Hypothekenkrise in den USA, dann durch sinkende Börsenkurse in Europa und schliesslich durch die Erhöhung des Ölpreises zunichte gemacht. Anfang 2008 erreichte der Preis für ein Fass schon mehr als 100 Dollar.



Frankreichs Präsident, Nicolas Sarkozy: rastlos, immer aktiv. Aufnahme: Blitzbesuch in Afghanistan am 22. 12.

2000, ging im Jahr 2007 konsequent weiter. Russlands Wirtschaft wuchs wieder um etwa 7 Prozent, in der Hauptstadt Moskau sogar um 20 Prozent. Landesweit notierte man eine Steigerung der Kaufkraft um 9 Prozent, und wegen der hohen Weltmarktpreise für Erdöl (phasenweise im Verlauf des Jahres 2007 fast 100 Dollar pro Fass, zu Beginn des Jahres 2008 sogar die 100-Dollar-Linie überschreitend) und für Erdgas hatte Russland seine Auslandsschulden vollständig zurückbezahlt und 110 Milliarden Dollar in einen Stabilitätsfonds kanalisieren können. Russland unter der Präsidentschaft von *Wladimir Putin*: reicher, aber auch unfreier, und gegen Ende des Jahres verdichtete sich die Vermutung, *Putin* werde auch nach dem Ablauf seiner Präsidentschaft die Geschicke des Landes prägen. Er liess sich von seinem vermutlichen Nachfolger, *Dmitri Medwedew*, im Dezember bereits als künftiger Premierminister nennen. Unter dem Duo *Putin/Medwedew* dürfte sich Russland in den kommenden Jahren weiterhin als eigenständige Kraft, mit Distanz zum Westen, profilieren. Was kann das bedeuten? Weitere Marginalisierung der demokratischen Institutionen; Fortsetzung der staatlichen Kontrolle über die Medien (indirekte Zensur, auch Gewalt gegen kritische Journalistinnen und Journalisten); Verflechtung zwischen staatlichen Instanzen und den Führungsgremien in den Schlüsselbereichen der Wirtschaft, vor allem in der Erdöl- und Erdgas-Industrie; Betonung nationaler Interessen; Auf-

rüstung und Härte gegenüber Dissidenten im eigenen Machtbereich (Tschetschenien) und in der «nahen Nachbarschaft», also beispielsweise gegenüber Georgien. Das westliche Ausland hegte gegenüber *Putin* mehr und mehr Misstrauen, hielt dieses Misstrauen aber unter Kontrolle – man war und ist sich der Abhängigkeit von Russland als Energie-Macht bewusst. Innerhalb Russlands andererseits blieb *Putin* sehr populär. Für die Russinnen und Russen erschien die Marginalisierung von demokratischen Gepflogenheiten, auch die Einschränkung der Medienfreiheit und die enge Verflechtung zwischen staatlicher und wirtschaftlicher Macht, eher nebensächlich. Für sie, mehrheitlich, hatten Stabilität und wachsender Wohlstand Priorität. Es bildete sich nun tatsächlich ein Mittelstand heraus, eine wachsende Schicht zwischen den nach dem Zerfall der Sowjetunion (noch unter der Präsidentschaft *Boris Jelzins*) rasch reich gewordenen Oligarchen (allein in Moskau gibt es jetzt 30 bis 40 Dollar-Milliardäre) und der immer noch grossen Schicht von Menschen, die nahe an oder sogar unterhalb der Armutsgrenze leben. Das Pro-Kopf-Einkommen im Durchschnitt der (allerdings schrumpfenden) Bevölkerung lag jetzt über dem Niveau von 1991 (damals löste sich die Sowjetunion auf, d. h. Russland und die seit der Zeit des Diktators *Stalin* unter russischem Diktat in die Sowjetunion eingebundenen Republiken im Baltikum, in Zentralasien, im Kaukasus, die Ukraine und Moldawien, wurden

unabhängig) – allerdings beruhten die entsprechenden Statistiken vor allem auf Erfolgen in der Erdöl-, der Erdgas- und der Schwerindustrie. Der Anteil der Rohstoffe am Gesamtexport erreichte im Jahr 2007 mehr als 55 Prozent. Skeptische Wirtschaftsexperten wiesen darauf hin, dass dieser hohe Anteil problematisch sei: Was, wenn die Ressourcen einmal erschöpft sind? Doch bis zu diesem Zeitpunkt wird es noch lange dauern, man entdeckte in Sibirien ja auch immer wieder neue Erdgasfelder für eine spätere Nutzung. Russland stellte sich auf Kontinuität ein, denn, so sagte sich die Mehrheit, *Wladimir Putin* wird ja auch als Premierminister unter einem von ihm selbst erkorenen Präsidentennachfolger namens *Medwedew* die Zügel in der Hand halten. Für andere Länder aber war das Jahr 2007 eine Phase des Übergangs oder zumindest eines sich abzeichnenden Wandels:

In Frankreich bedeutete das Ende der Ära von *Jacques Chirac* und der Beginn der Präsidentschaft von *Nicolas Sarkozy* eine Zäsur, die tiefer ging als auch von vielen Wählern *Sarkozys* erwartet. *Chirac*, auch wenn er sich dem Gaullismus verpflichtet fühlte, hatte Frankreich in ausserpolitischen Belangen auf einen eigenen, profilierten Kurs gebracht (harte Ablehnung der amerikanischen Irak-Intervention, Bekenntnis zum Kyoto-Protokoll, Solidarität mit Entwicklungsländern) – *Sarkozy* suchte die Nähe des US-Präsidenten *George W. Bush*. Er lehnte sich an die Strategie der USA gegenüber Iran an, und er wollte die Distanz in bezug auf den Irak-Krieg mildern. *Sarkozy* ging auf Konfrontation mit den französischen Gewerkschaften (und gewann eine erste Runde, beim Streik im öffentlichen Dienst), und er blieb hart in der Asylpolitik. In Grossbritannien verliess *Tony Blair*, unter öffentlichem Druck wegen seiner Pro-Bush-Politik in Irak, sein Amt vorzeitig. Nachfolger *Brown* setzte vorerst nur gemässigt andere Akzente, aber er gab dennoch zu erkennen: Die Haltung Grossbritanniens in internationalen Fragen wird inskünftig um eine Nuance eigenständiger sein. In Polen endete die international als problematisch empfundene Regierung von *Jaroslav Kaczynski*, und nun hoffte man bei der Europäischen Union auf ein unverkrampfteres Verhältnis zur Führung in Warschau. In Italien kam die Koalitionsregierung unter Ministerpräsident *Romano Prodi* mit hauchdünnen Mehrheiten bei wichtigen Sachfragen nur noch bis Januar 2008 über die Runden; in Deutschland verstrickte sich die Koalition von CDU/CSU mit den Sozialdemokraten ständig in interne Querelen, so dass von der einst gross beschworenen Handlungsfähigkeit von *Angela Merkel* fast nichts mehr zu erkennen war. Und

Im Dezember erregte das Privatleben von *Tony Blair* und *Nicolas Sarkozy* das Interesse der Öffentlichkeit in ihren Ländern: *Blair* trat zum Katholizismus über und liess sich die Konversion durch den Papst absegnen. Warum dies? Seine Frau sei ja schon immer katholisch gewesen, auch die Kinder habe man katholisch erzogen, also sei der Übertritt nur logisch, liess *Blairs* PR-Apparat verkünden. *Nicolas Sarkozy*, seit einigen Monaten geschieden von seiner Frau *Cécilia*, zeigte sich vor Boulevard-Fotografen im Dezember mit dem italienischen Ex-Model *Carla Bruni*. Er habe schon immer eine grosse Bewunderung für Italien gehabt, sagte er. Und verbrachte mit seiner Geliebten Ferien in Ägypten, auf Einladung eines französischen Milliardärs.

ähnlich ratlos präsentierte sich die grosse Koalition Österreichs unter Kanzler *Gusenbauer*. In der Ukraine gewannen die reformerischen Kräfte die Wahlen, aber intern blieben sie (als Bannerträger der «orangen Revolution» bekannt) schwer zerstritten – ob die Ukraine, regiert von *Julia Timoschenko* als Premierministerin (mit dem mit ihr rivalisierenden Präsidenten *Juschtschenko* in der entscheidenderen Position) im Jahr 2008 zu Stabilität finden wird? In Georgien, neben der Ukraine das zweite «Hoffnungsland» nach dem Übergang in die Unabhängigkeit und in die Marktwirtschaft, geriet die Führung von Präsident *Saakaschwili* unter inneren Druck: Die Reformer konnten bis Ende 2007 viel zu wenig an internen Erfolgen vorweisen und mussten sich für Anfang 2008 für Neuwahlen entscheiden.

Auf dem Balkan herrschte am Jahresende Ungewissheit, wie es mit Kosovo weitergehen würde. Der in den Wahlen vom November gestärkte ehemalige UCK-Kämpfer *Hashim Thaci* forderte die internationale Anerkennung eines unabhängigen Staates Kosovo. Die USA schwenkten auf diese Linie ein, die Europäische Union suchte nach einem Kompromiss (welcher der serbischen Minderheit Sicherheiten bieten sollte), Russlands Führung andererseits solidarierte sich mit den Forderungen Serbiens und sagte Nein zur Veränderung des Status von Kosovo (Kosovo war völkerrechtlich nach wie vor eine Provinz Serbiens). In der Türkei gab es einen Machtkampf zwischen den Theoretikern, welche die strikte Trennung der Religion von der Politik (im Geiste des Staatsgründers, *Kemal Atatürk*, argumentierend) forderten, und den Pragmatikern innerhalb der regierenden islamischen AKP-Partei. Sie setzten durch, dass *Abdullah Gül*, Mitglied der AKP und somit Verfechter eines islamischen Staates, Präsident der Türkei wurde.

Die Türkei auf dem Weg nach Europa: «Weltrundschau 2004», Seiten 210 bis 221.



Katastrophennachricht zum Jahresende: blutige Unruhen in Kenya nach den Wahlen.

Das türkische Militär reagierte konsterniert, während die Regierungen der EU-Staaten sich auf den Standpunkt stellten, *Gül* sei ein gemäßigter Politiker, der sich der Demokratie verpflichtet fühle. Entspricht das den Tatsachen? Als schwierig empfand man in der EU auch die von der offiziellen Türkei geforderte Leugnung des Völkermords an den Armeniern (betreffend die Massaker von 1915) und das erneute Aufblühen des Konflikts mit den Kurden (die türkische Führung sprach da jedoch lediglich, wie bereits erwähnt, von einem Konflikt mit der kurdischen PKK, die ihrerseits mehrere blutige Anschläge auf türkische Sicherheitskräfte im Grenzgebiet zwischen der Türkei und Irak verübte).

Ein Wandel, der im Jahr 2007 noch nicht stattfand, der aber für 2008 programmiert war, beschäftigte die Öffentlichkeit Europas immer mehr: das Ende der Ära des amerikanischen Präsidenten *George W. Bush* respektive der Beginn einer neuen US-Präsidentschaft. Und in diesen Zusammenhang stellte man die Frage: Gibt es eine Möglichkeit, dass die USA sich unter neuer Führung (die Wahlen finden im November 2008 statt) von den extremen Positionen der *Bush*-Administration lösen wird? Man verfolgte gespannt die Debatten innerhalb der US-Demokraten, musste aber Ende 2007 konstatieren: Keine der für den kommenden Wahlkampf aussichtsreichen Persönlichkeiten hat eine Formel, wie die USA sich aus Irak zurückziehen können. Keine hat überzeugende Antworten auf die Frage, wie die USA Israel zu echten Konzessionen gegenüber den Palästinensern motivieren könnten. Und was die US-

Republikaner, die Parteigänger von *George W. Bush*, betraf, so blieb unklar, ob man überhaupt eine wesentliche Veränderung der Außenpolitik erwarten durfte.

In einem Punkt aber waren sich am Jahresende die Experten einig: China wird das Geschehen, wirtschaftlich und vielleicht auch politisch, inskünftig noch stärker bestimmen. Und Russland muss man, vor allem wegen dessen Energie-Ressourcen, sehr ernst nehmen.

Ganz am Schluss des Jahres gab es noch schockierende Nachrichten aus Ostafrika: Die Wahlen in Kenya lösten derart schwere Unruhen aus, dass man in der internationalen Presse bereits von einem Bürgerkrieg schrieb. Der Führer der Opposition, *Raila Odinga*, beanspruchte den Sieg ebenso wie der bisherige Amtsinhaber, *Mwai Kibaki*. Die Wahlkommission aber proklamierte *Kibaki* unter Druck vorschnell zum Sieger der Wahlen. Die um den Triumph betrogenen Anhänger *Odingas* (Angehörige des Volkes der Luo) gingen daraufhin gegen *Kibaki*-Parteigänger (vorwiegend Mitglieder des Kikuyu-Volkes) vor, setzten – besonders im Westen des Landes, aber auch bei Nairobi – ganze Stadtteile in Brand. Gegen diese gewalttätigen Demonstranten (aber auch gegen Teilnehmer von friedlichen Kundgebungen) gingen die kenyanischen Sicherheitskräfte mit Schusswaffen oft rücksichtslos vor. Bis Anfang 2008 forderten die Unruhen mehrere hundert Todesopfer, und Zehntausende Menschen wurden zur Flucht gezwungen.

Würde es im Jahr 2008 gelingen, diesen Unruheherd wieder einzudämmen? Darauf gab es vorerst keine schlüssige Antwort. ■